

„Maßnahmen zügig in die Tat umsetzen“

HANNOVER/BERLIN. In dieser Woche machte der Niedersächsische Landtag den Weg für ein großes Hilfspaket frei. „Wir stützen mit den beschlossenen Maßnahmen besonders kleine und mittlere Unternehmen, die auf Grund der verfügten Einschränkungen ihren Geschäftsbetrieb nicht aufrecht halten können“, meint dazu der Landtagsabgeordnete Marco Mohrmann (CDU). Als eines der ersten Bundesländer gab Niedersachsen am Mittwoch die Mittel für ein landeseigenes Corona-Hilfsprogramm frei. Mohrmann: „Wir haben einen Nachtragshaushalt in Höhe von 1,4 Milliarden Euro und die Aufstockung des Bürgschaftsrahmens von zwei auf drei Milliarden Euro beschlossen. Wir handeln entschlossen und schnell.“

Nun sei der Weg frei, um Liquiditätskredite und -zuschüsse bei der niedersächsischen Förderbank (NBank) online zu beantragen. Zudem arbeite das niedersächsische Wirtschaftsministerium mit dem Bundeswirtschaftsministerium zusammen, um die Beantragung der Bundes-Soforthilfen für kleine Unternehmen schnellstmöglich umzusetzen. Die NBank werde künftig auch der Ansprechpartner für die Bundes-Soforthilfen in Niedersachsen sein.

Das Zuschussprogramm „Liquiditätssicherung für kleine Unternehmen“ richtet sich an gewerbliche Unternehmen und Angehörige freier Berufe in Betrieben mit bis zu 49 Beschäftigten. Mit der Förderung soll Unternehmen, freiberuflich Tätigen, Solo-Selbstständigen (auch Künstlern und Kulturschaffenden) geholfen werden. Die Zuschüsse sind gestaffelt: bis fünf Beschäftigte: 3000 Euro, bis zehn Beschäftigte: 5000 Euro, bis 30 Beschäftigte: 10000 Euro, bis 49 Beschäftigte: 20000 Euro. Für das Programm sind zunächst 100 Millionen Euro vorgesehen.

„Das Wichtigste ist jetzt, dass die Programme schnell bearbeitet werden und schnell Geld an die Antragsteller fließt“, sagt Mohrmann. „Die Hilfen müssen unbürokratisch sein. Viele kleine Unternehmen brauchen Hilfe, die auch ankommt, da ihre Kosten weiterlaufen, sie aber keine Einnahmen mehr haben“

Unterdessen brachte der Bundestag ein milliarden-schweres Rettungspaket auf den Weg. Es sieht Hilfen für Kleinunternehmen und Solo-Selbstständige, Familien und sozial Schwache sowie Krankenhäuser und Ärzte vor, die in der Corona-Krise zusätzliche Arbeitsbelastungen und Ausgaben oder Einnahmeausfälle zu verkraften haben. Finanziert werden die Mehrausgaben über einen 156-Milliarden-Euro-Nachtragshaushalt. Um auch große Unternehmen unterstützen zu können, wird ein Wirtschaftsstabilisierungsfonds gegründet, der bis zu 600 Milliarden Euro umfasst, darunter allein 400 Milliarden Euro für Bürgschaften.

Der Bundestagsabgeordnete Oliver Grundmann (CDU) stimmte dem Paket unter großen Sicherheitsauflagen im Parlament zu: „Die Hebel, die wir jetzt bewegen, sind gewaltig. Darunter sind auch Soforthilfen in Form von Einmalzahlungen, die helfen, laufende Miet- und Pachtkosten zu zahlen. Auch Kredite stehen kurzfristig bereit. ‚Expressbürgschaften‘ für Besitzer kleiner Läden, für Freiberufler und für Selbstständige sollen wenn möglich schon binnen drei Tagen gezahlt werden.“ Das Ziel steht laut Grundmann fest: „Kein gesundes Unternehmen soll wegen den Folgen der Corona-Krise unnötig in die Insolvenz gehen. Die Gelder müssen jetzt unverzüglich fließen, daran arbeiten wir mit Hochdruck!“ (bz)